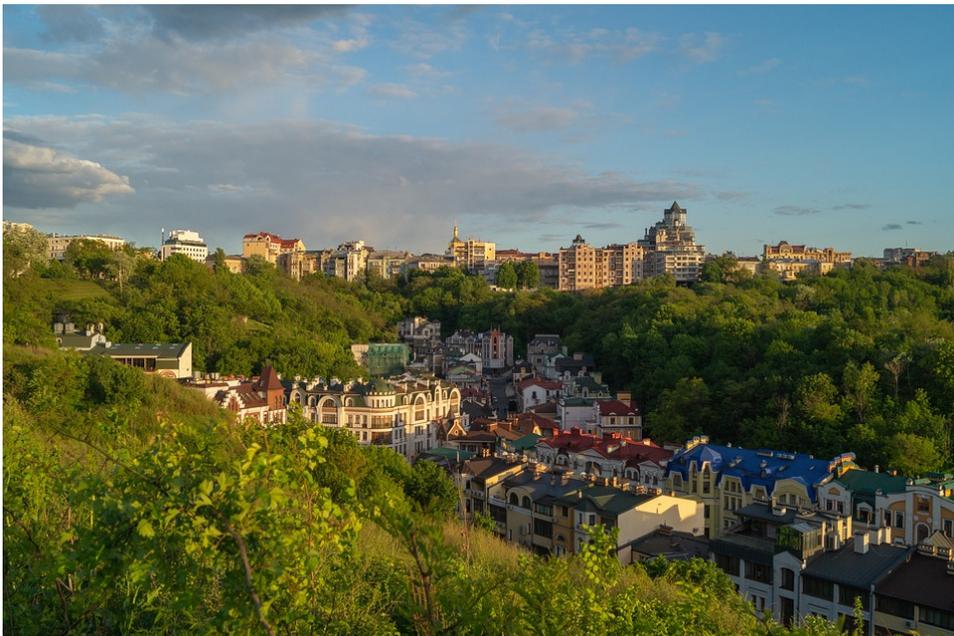


Kyiv bietet ukrainische Kollaborateure im Austausch für Bürger in Russland an

Femere Nachrichten aus der Ukraine: Kyiv bietet ukrainische Kollaborateure im Austausch an, um illegal festgehaltene Zivilisten aus Russland zu befreien. Menschenrechtsgruppen äußern Bedenken.



Die Ukraine hat im vergangenen Monat Dutzende ihrer eigenen Bürger nach Russland geschickt, indem sie diese aus Gefängnissen entließ, um die Freilassung zahlreicher ukrainischer Zivilisten zu sichern, die illegal in russischen Gefängnissen festgehalten werden. Dies wurde von Menschenrechtsaktivisten als verzweifelt und besorgniserregend beschrieben.

Hintergrund der Gefangenenfreilassung

Laut der ukrainischen Regierung wurden 70 ukrainische

Zivilisten, die wegen Zusammenarbeit mit Russland verurteilt waren, im Rahmen eines **Gefangenenaustauschs 1.000 gegen 1.000** zwischen Kiew und Moskau im letzten Monat freigelassen. Die Ukraine gab an, dass alle diese Personen freiwillig ins Exil gingen, als Teil eines von der Regierung eingerichteten Programms, das jedem, der wegen Zusammenarbeit mit Russland verurteilt wurde, die Option bietet, dorthin geschickt zu werden.

Problematik des Programms

Menschenrechtsgruppen und internationale Juristen kritisieren jedoch das Programm und erklären, dass es problematisch sei, den vorherigen Aussagen der ukrainischen Regierung widerspreche und potenziell mehr Menschen in Gefahr bringe, von den Russen entführt zu werden. Onysia Syniuk, eine Rechtsexpertin bei Zmina, einer ukrainischen Menschenrechtsgruppe, äußerte: „Ich verstehe die Gefühlslage vollkommen, wir alle wollen, dass die in Russland Inhaftierten so schnell wie möglich freigelassen werden, aber die angebotene Lösung ist definitiv nicht die richtige.“

Details zum Programm „Ich will zu meinen eigenen“

Das Programm „Ich will zu meinen eigenen“ wurde im vergangenen Jahr von der Koordinierungszentrale der Ukraine für die Behandlung von Kriegsgefangenen, dem Verteidigungsministerium, dem Sicherheitsdienst und dem Ombudsmann für Menschenrechte ins Leben gerufen. Eine Regierungswebsite, die das Programm beschreibt, enthält Fotos und persönliche Informationen einiger der 300 ukrainischen Personen, die sich laut der Regierung für das Programm angemeldet haben.

Bargaining Chips: Zivilisten als Verhandlungsmasse

Laut Kiew sind mindestens 16.000 ukrainische Zivilisten in Russland inhaftiert, obwohl die tatsächliche Zahl wahrscheinlich viel höher ist. Etwa 37.000 Ukrainer, darunter Zivilisten, Kinder und Militärangehörige, werden offiziell als vermisst geführt. Viele sind in besetzten Gebieten inhaftiert, wurden monatelang oder sogar jahrelang ohne Anklage oder Prozess festgehalten und nach Russland deportiert. Dazu gehören Aktivisten, Journalisten, Priester, Politiker und Gemeindevertreter sowie Personen, die anscheinend zufällig von russischen Truppen an Kontrollpunkten und anderen Orten in der besetzten Ukraine entführt wurden.

Rechtliche Rahmenbedingungen und Herausforderungen

Die Inhaftierung von Zivilisten durch eine besetzende Macht ist nach internationalem Konfliktrecht illegal, es sei denn, in einigen eng definierten Situationen und mit strengen Zeitlimits. Aus diesem Grund gibt es keinen etablierten rechtlichen Rahmen für die Behandlung und den Austausch ziviler Gefangener in der gleichen Weise wie für Kriegsgefangene. Russland hat in einigen Fällen behauptet, die von ihm festgehaltenen ukrainischen Zivilisten seien Kriegsgefangene und sollten als solche von der Ukraine anerkannt werden. Kiew war jedoch zögerlich, dies zu tun, da es Zivilisten, die in besetzten Gebieten leben, dem Risiko aussetzen könnte, von Russland willkürlich festgehalten zu werden.

Internationale Reaktionen und Menschenrechtsfragen

Der ukrainische Menschenrechtskommissar Dmytro Lubinets äußerte gegenüber CNN, dass Kiew davon ausgehe, dass Russland versucht, Ukrainern als Geiseln zu nehmen, um sie als Verhandlungsmasse zu nutzen. Er wies die Idee zurück, Zivilisten im Rahmen eines Gefangenen austauschs zu tauschen. Kiew hat seine Verbündeten mobilisiert, um Druck auf

Russland auszuüben und versucht, Moskau zu einer Freilassung der inhaftierten Zivilisten durch Drittländer zu bewegen, ähnlich wie bei der Rückführung einiger ukrainischer Kinder mit Hilfe von Katar, Südafrika und dem Vatikan.

Kritik am Umgang mit Zivilisten

Mehrere internationale Organisationen, darunter die Vereinten Nationen und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), haben wiederholt Moskau aufgefordert, seine zivilen Gefangenen bedingungslos freizulassen. Russland hat diese Appelle ignoriert. Das Programm „Ich will zu meinen eigenen“ ist ein Versuch Kiews, einige der inhaftierten Zivilisten zurückzubekommen, ohne sie als Kriegsgefangene anerkennen zu müssen.

Menschenrechtsgruppen drängen die ukrainische Regierung jedoch, weiterhin auf die bedingungslose Freilassung von Zivilisten zu bestehen. Yulia Gorbunova von Human Rights Watch (HRW) betonte: „Unter dem humanitären Völkerrecht ist es nicht möglich, von einem Austausch von Zivilisten zu sprechen.“

Das Ergebnis des Austauschs und die rechtlichen Folgen

Es scheint jedoch, dass das Programm nicht die erhofften Ergebnisse für Kiew gebracht hat. Petro Yatsenko von der Koordinierungszentrale für die Behandlung von Kriegsgefangenen erklärte, dass die Ukraine im Voraus nicht wusste, wer zurückgebracht wurde. Die Rückkehrer umfassten eine Gruppe von mindestens 60 ukrainischen Zivilisten, die wegen Straftaten verurteilt worden waren, die nichts mit dem Krieg zu tun hatten. Viele von ihnen waren bereits vor dem russischen Überfall im Februar 2022 inhaftiert und verbüßten ihre Strafen. Nach Verbüßung ihrer Haftstrafen sollten sie von den russischen Behörden aus der besetzten Region in die Ukraine deportiert werden, stattdessen blieben sie jedoch

rechtswidrig in Haft.

Die rechtlichen und ethischen Implikationen

Die Russische Menschenrechtskommissarin Tatyana Moskalkova beschrieb die verurteilten ukrainischen Kollaborateure, die nach Russland geschickt wurden, als „politische Gefangene“, gab jedoch keine weiteren Details über deren Identität oder das, was mit ihnen geschehen würde. Die Website des Projekts „Ich will zu meinen eigenen“ bietet Einzelheiten über einige der in den Gefangenen austausch geschickten Personen, darunter die gegen sie verhängten Strafen. Menschenrechtsanwälte kritisieren jedoch, dass das ukrainische Kollaborationsgesetz, nach dem diese Personen verurteilt wurden, selbst problematisch sei. HRW hat zuvor einen umfassenden Bericht veröffentlicht, der das Antikollaborationsgesetz als fehlerhaft bezeichnet.

Gorbunova erklärte, dass die Organisation fast 2000 Urteile analysiert habe und dass, während es echte Kollaborateure unter ihnen gebe, viele von ihnen „Menschen seien, die nach internationalem humanitärem Recht nicht hätten verfolgt werden dürfen“. Dies betreffe Fälle, in denen „wenig oder kein Schaden angerichtet wurde“ oder in denen es keine Absicht gegeben habe, die nationale Sicherheit zu gefährden.

Die Initiative „Ich will zu meinen eigenen“ führt derzeit handgeschriebene Notizen der verurteilten Kollaborateure auf, in denen sie ihren Wunsch zu erkennen geben, nach Russland zu gehen. Menschenrechtsorganisationen kritisieren jedoch, dass die Art und Weise, wie sie von ihrem Land ausgeschlossen wurden, ethisch fragwürdig sei. Syniuk bemerkte: „Diese Menschen sind immer noch ukrainische Staatsbürger, und die Formulierung auf der Website, dass sie gegen „echte Ukrainer“ ausgetauscht wurden, ist sehr ... nicht in Ordnung.“

Die Berichterstattung über diesen Artikel wurde von CNNs Victoria Butenko und Svitlana Vlasova beigesteuert.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at